



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

die ersten 100 Tage der Wahlperiode sind vorbei. Die rot-grüne Landesregierung hat die ersten Themenfelder des Koalitionsvertrages angepackt und auf den Weg gebracht. Die Zusammenarbeit der beiden Koalitionsfraktionen spielt sich gut ein.

Mit dem Vorsitz des SPD-Arbeitskreises Justiz und Verbraucherschutz habe ich eine neue Funktion innerhalb der SPD-Landtagsfraktion übernommen, die gleichermaßen interessant wie herausfordernd ist. Ebenso wurde ich mit der Sprecherfunktion in der Strafvollzugskommission betraut. Die Mitgliedschaft im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung ermöglicht mir ein breites Spektrum der politischen Arbeit. Langeweile wird in der neuen Wahlperiode sicher nicht aufkommen.

Innerhalb des Wahlkreises nimmt die Sorge um eine starke Zunahme des Fluglärms einen hohen Stellenwert ein. Hier vertrete ich mit Nachdruck die Interessen unserer Bevölkerung und versuche durch Informationsarbeit aufzuklären. Die Landesregierung hat zurecht eine Klage gegen die Südumfliegung angekündigt.

Gefreut habe ich mich über die Möglichkeit, in den vergangenen Wochen viele Gespräche mit Schülerinnen und Schülern führen zu können. Es ging um die Zukunft Europas und die Auswirkungen der Krise auf die Bundes- und Landespolitik. Ich stelle immer wieder fest, dass die Jugendlichen -entgegen manch landläufiger Meinung- großes Interesse an der politischen Gestaltung haben und tolle Ideen für die praktische Arbeit einbringen.

Positives ist auch aus dem Bereich der Bildungspolitik zu vermelden:

Mit Beginn des Schuljahres wurde die Klassenmessenzahl der Eingangsklassen in den Grundschulen auf maximal 24 Schülerinnen und Schüler abgesenkt. Das Programm „Kleine Kinder – kleine Klassen“ wird in den nächsten Jahren fortgesetzt und auf weitere Jahrgänge der Grundschulen und Orientierungsstufe übertragen. Rheinland-Pfalz geht den richtigen Weg, der Bildung trotz Schuldenbremse weiter höchste Priorität einzuräumen.

Ich hoffe sehr, dass dieser Infobrief Ihnen/Euch wieder wertvolle Informationen liefern kann. Über Rückmeldungen freue ich mich.

Mit besten Grüßen

Heiko Sippel

INHALT

63.000 Euro für Nack - Land fördert Dorferneuerung.....	3
Schulklassen im Landtag - MdL Heiko Sippel bringt Politik näher	3
MdL Heiko Sippel im SPD-Fraktionsvorstand AK-Vorsitzender für Justiz und Verbraucherschutz	4
Mehr Bildung und erneuerbare Energie trotz Sparkurs Kurt Beck gibt Regierungserklärung ab.....	5
Europa, Energie und Sparkurs – Abgeordnete stehen Rede und Antwort.....	7
SPD: Atomausstieg so schnell wie möglich - kein Freibrief bis 2022	8
Kleinere Klassen sorgen für besseren Unterricht.....	8
Verantwortung für den Wandel - der rot-grüne Weg für Rheinland-Pfalz.....	9
Die Schmiede für´s Leben Landtagsabgeordneter Heiko Sippel besucht Atelier Harbut	11
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen zu EHEC einen gemeinsamen Antrag in den Landtag ein	12
Europa hat Frieden gebracht - MdL Sippel diskutiert mit Schülern	13
Kleinere Schulklassen ab kommendem Schuljahr MdL Sippel: „Land schafft einen Kraftakt“	15
SPD-Fraktion macht Breitbandversorgung zum Thema im Landtag	16
Medienführerschein an Schulen SPD möchte Medienkompetenz als Form einer vierten Kulturtechnik ausbauen	17
Nein zur Südumfliegung – MdL Sippel unterstützt Klage	18
Jusos wählen neuen Vorstand – Interessenvertreter der jungen Generation	18
Hering: Justizreform gemeinsam gestalten	20
„Viel mehr Fluglärm über Rheinhessen?“ SPD-Abgeordnete laden ein	21
Mehr Fördermittel für Schulsozialarbeit Neue Stellen in Wörrstadt und Gau-Odernheim	21

PRESSEINFO 57/11 VOM 07.04.2011

63.000 Euro für Nack - Land fördert Dorferneuerung

Über einen hohen Zuschuss aus dem Dorferneuerungsprogramm kann sich die Ortsgemeinde Nack freuen. Innenminister Karl Peter Bruch hat dem Landtagsabgeordneten Heiko Sippel (SPD) auf dessen Anfrage mitgeteilt, dass die Gemeinde 63.000.- Euro für die Ortsbegrünung und Gestaltung des Freizeitgeländes erhält. Das Gelände hinter dem Dorfgemeinschaftshaus soll neu begrünt und kindgerecht gestaltet werden. Bereits 2009 hatte die Ortsgemeinde ein Dorferneuerungskonzept verabschiedet, das nun schrittweise umgesetzt werden soll. „Das Konzept wurde unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und mit Unterstützung einer Dorfplanerin vorbildlich erarbeitet. Die Vorgehensweise entspricht genau dem Sinn der Dorferneuerung, die Ideen der Menschen bei den Konzepten für ein zukunftsfähiges Dorf zu berücksichtigen“, erläutert Sippel. So sei das Zukunftskonzept „Nack in 2030“ in mehreren Arbeitsgruppen und im Rahmen einer Dorfkonferenz intensiv beraten worden. Auch Kinder und Jugendliche wurden in einer eigenen Veranstaltung beteiligt. „Mit dem Zuschuss werden 50 Prozent der Gesamtkosten für das wichtige Projekt Freizeitgelände abgedeckt, von dem das Land überzeugt werden konnte“, stellt Sippel fest.

PRESSEINFO 58/11 VOM 11.04.2011

Schulklassen im Landtag - MdL Heiko Sippel bringt Politik näher

Der Landtagsabgeordnete Heiko Sippel (SPD) lädt regelmäßig Schulklassen in den Landtag nach Mainz ein, um vor Ort über die Aufgaben des Landesparlaments und über aktuelle politische Themen zu informieren. „Ich nehme mir gerne die Zeit zum ausgiebigen Gespräch mit jungen Leuten und finde es schön, dass echtes Interesse an der praktischen Politik besteht. Dieses Interesse möchte ich fördern und unterstützen“, so der Abgeordnete zu seinen Beweggründen.

So waren in der vergangenen Woche erneut zwei Schulklassen aus der siebten und achten Klassenstufe der Realschule plus aus Alzey in Mainz zu Gast, um den Landtag einmal von innen kennenzulernen. Gespannt waren die Schülerinnen und Schüler zunächst darauf, Heiko Sippels Büro im Abgeordnetenhaus zu sehen. „Klein, aber gut nutzbar“, fanden die Schüler das Büro mit kleiner Küchenzeile und Nasszelle, das die Parlamentarier in den Sitzungswochen auch zum Übernachten nutzen. Nach einem Blick in den Sitzungssaal der SPD-Landtagsfraktion und in einen Saal der Ausschüsse ging es in das eigentliche Landtagsgebäude am Deutschhausplatz. Im Medienraum konnten die Schüler in einem Film viel über die Entstehung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz und die Arbeit des Landtages erfahren. Fragen, wie „Was macht ein Abgeordneter hauptsächlich“ oder „Wie wird man Politiker“ beschäftigten die jungen Gäste ganz konkret, die das Thema Landespolitik zuvor schon im Unterricht angesprochen hatten.

Lebhaft ging es dann im Plenarsaal des Landtages zu. Heiko Sippel motivierte die Schülerinnen und Schüler dazu, einmal selbst in die Rolle des Politikers zu schlüpfen. So musste die Schüler-Landesregierung einen Gesetzentwurf „Für mehr Mathematik in der Schule“ einbringen, der von der Opposition im Gegensatz zur Regierungsfraktion heftig kritisiert wurde. Bei der Abstimmung bekam der Entwurf die erforderliche Mehrheit. Die Jung-Parlamentarier zeigten dabei richtiges Talent, was Heiko Sippel anerkennend kommentierte: „Da sind einige Politiker der Zukunft dabei“. Den Schülerinnen und Schülern hatte der praktische Unterricht jedenfalls großen Spaß gemacht und

die Feststellung entlockt: „So trocken ist Politik gar nicht.“ Ein gemeinsames Essen im Clubraum des Landtagsrestaurants rundete die Besuche ab.

Heiko Sippel macht gerne auf seine Bereitschaft aufmerksam, im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Termine Schulklassen nach Mainz einzuladen. Bei Interesse bittet er um Kontaktaufnahme mit seinem Büro: Tel. 06731/498-150 oder per E-Mail: mdl.sippel@t-online.de.

PRESSEINFO 62/11 VOM 26.05.2011

MdL Heiko Sippel im SPD-Fraktionsvorstand AK-Vorsitzender für Justiz und Verbraucherschutz

Nachdem sich der Landtag in der neuen Wahlperiode konstituiert hat, wurden nun auch die Aufgabenbereiche der Fraktionen festgelegt und die Vorstände gewählt. Der Alzeier Wahlkreisabgeordnete Heiko Sippel wurde einstimmig als Beisitzer in den Vorstand der SPD-Landtagsfraktion gewählt. Er wird künftig den Arbeitskreis Justiz und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion leiten. Dem Arbeitskreis gehören die SPD-Abgeordneten des gleichnamigen Landtagsausschusses an. Der frühere Rechtsausschuss wurde um das Themengebiet Verbraucherschutz ergänzt. Das Gremium berät über die Gesetzentwürfe und Anträge aus dem Justizministerium und gibt hierzu Empfehlungen an den Landtag. Außerdem beschäftigt sich der Ausschuss mit der Organisation und Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, mit dem Strafvollzug, dem Notarwesen und der juristischen Ausbildung in Rheinland-Pfalz.

Eine weitere verantwortungsvolle Aufgabe übernimmt Heiko Sippel im Petitionsausschuss des Landtages. Er wurde zum SPD-Sprecher in der Strafvollzugskommission, einem Unterausschuss des Petitionsausschusses, gewählt. Die Kommission befasst sich mit den Bedingungen und der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten des Landes. Mitglied bleibt Sippel im Ausschuss für Wirtschaft, der um die Themen Klimaschutz und Energie ergänzt wurde. Hier hatte sich Sippel bisher um die Mittelstandspolitik und Wirtschaftsförderung gekümmert.

PRESSEINFO 63/11 VOM 26.05.2011

Mehr Bildung und erneuerbare Energie trotz Sparkurs Kurt Beck gibt Regierungserklärung ab

Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) nannte als Schwerpunkte in der Regierungserklärung der neuen rot-grünen Koalition den kostenfreien Zugang zur Bildung, die bereits begonnene Energiewende und Einsparungen im Landeshaushalt.

In den kommenden fünf Jahren haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen ambitionierte Ziele für ein sozial-ökologisches und weiterhin wirtschaftlich erfolgreiches Rheinland-Pfalz vorgenommen. Das Programm soll „das Gute bewahren und das Neue wagen“, so Beck. Dazu gehöre vor allem die langfristig geplante Energiewende. Bereits 2030 soll die Energieversorgung aus bilanziell 100 Prozent erneuerbaren Energien gewonnen und Rheinland-Pfalz zum Stromexporteur werden. Als Nahziel nennt Beck 40 Prozent weniger CO₂-Emissionen bis 2020. Bis dahin soll die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen verfünffacht und bis zu zwei Prozent der Landesflächen dafür genutzt werden. Neben dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien will das Land Energieeffizienz und Energieeinsparung in Privat- und Landeshaushalten fördern.

Um Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen auf gute Bildung zu ermöglichen, muss ein gebührenfreies staatliches Bildungsangebot garantiert sein. „Wir wollen nicht, dass der Zugang zu Bildung eine Frage des Geldbeutels ist,“ so der Ministerpräsident unter Beifall der Koalitionspartner. Das neue Förderprogramm „Kita plus“ steht für den Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren mit sozialpädagogischer Kompetenz, insbesondere in sozialen Brennpunkten. Auch akademisch geschultes Personal soll die Erzieher zukünftig unterstützen. Rheinland-Pfalz will die bundesweite Vorgabe von 35 Prozent an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren sogar übertreffen.

Ein weiteres Ziel ist die schrittweise Verkleinerung von Schulklassen auf 24 Schüler in Grund- und 25 Schüler in weiterführenden Schulen ab dem kommenden Schuljahr. Der demografisch bedingte Rückgang an neuen Schülern wird innerhalb der nächsten Jahre rein rechnerisch zu einem Abbau von 3000 Lehrerstellen führen. Davon sollen jedoch 1000 Stellen erhalten werden, um eine höhere Qualität der Lehrangebote zu gewährleisten. Auch Ganztagschulen sollen ausgebaut werden, so dass bis 2016 jede zweite Schule im Land ein Ganztagsangebot machen kann.

Als dritte große Herausforderung in der neuen Legislaturperiode erklärte Beck die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise seien in Rheinland-Pfalz zwar weniger stark spürbar, jedoch müsse man neben strukturpolitischen Fragen auch der Verschuldung weiter entgegenwirken. „Ziel ist ein Landeshaushalt, der ab 2020 ohne neue Kredite auskommt,“ so der Ministerpräsident über die ehrgeizigen Pläne der neuen Regierung. Beck verteidigte die bevorstehenden Kürzungen im Personalbereich. In vielen Fällen, wie bei Lehrern und Polizei, wird die Landesverwaltung dabei auf demografische Veränderungen reagieren. „Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben,“ versicherte der Ministerpräsident.

Im Hinblick auf die bevorstehende Fusion der beiden Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken zugunsten des Standortes Zweibrücken, verwies Beck auf Bundesländer wie Hessen und Sachsen, die in ihrer Justizreform zu deutlich schärferen Maßnahmen greifen würden. An der Stärke und Unabhängigkeit der Justiz werde die Reform nichts ändern. Außerdem werde die Bürgernähe durch Außenstellen gewahrt.



PRESSEINFO 64/11 VOM 27.05.2011

Europa, Energie und Sparkurs – Abgeordnete stehen Rede und Antwort

Die Euro-Krise sowie die nationale und internationale Energiepolitik und Wirtschaft waren Kernthemen bei einer lebhaften Diskussion des SPD-Ortsvereins Alzey mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) und dem Landtagsabgeordneten Heiko Sippel (SPD). Aus der Informationsveranstaltung zur Berliner und Landespolitik gestaltete sich schnell ein reger und kritischer Gedankenaustausch.

Klaus Hagemann lobte das Verhalten der großen Koalition in den Krisenjahren 2008 und 2009: „Die Entscheidungen waren richtig, die deutsche Wirtschaft brummt wieder.“ Die Regelungen zur Kurzarbeit, die Abwrackprämie und die beiden Konjunkturprogramme haben die Wirtschaft wieder angekurbelt und die Arbeitsplätze gesichert. Die fast 30 Millionen Euro Investitionsmittel von Bund und Land zeigen im Kreis Alzey-Worms Wirkung und lassen die Arbeitslosigkeit sinken. Der Export in Rheinland-Pfalz dagegen steigt: Bereits 50 Prozent der Produktionen gingen ins Ausland und jeder zweite rheinland-pfälzische Arbeitsplatz wird durch den Export gesichert. Bedingt durch den Wegfall der Zollgrenzen gehen zwei Drittel des deutschen Exports ins europäische Ausland. Alleine daran könne man messen, so Hagemann, wie wichtig Europa für die deutsche Wirtschaft sei.

Ein Ausstieg aus dem Euro sei von größerem Schaden als Nutzen für die europäische und vor allem die deutsche Wirtschaft. „Die europäische Idee lebt vom Gedanken der Solidarität und nicht der Ausgrenzung“, machte Hagemann klar. Sicher müssten die Krisenländer, wie Griechenland, Irland und Portugal nun ihre Hauaufgaben machen. Es könne aber nicht sein, dass die Lasten allein dem kleinen Mann durch Erhöhungen der Steuersätze, drastische Kürzungen der Gehälter und der Renten aufgelastet würden. „Wo bleibt die Beteiligung der Banken und Versicherungen, die am Kräftigsten an der Krise verdienen?“, fragte der Abgeordnete.

„Wir brauchen mehr Europa,“ fordert Hagemann auch in Bezug auf die Energiepolitik. Der Ausstieg Deutschlands aus der Atompolitik wird folgen, aber es fehle noch an einer gemeinsamen europäischen Lösung. Das Gleiche gelte für eine stärkere Harmonisierung in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

100 % erneuerbar bis 2030

Auch im neuen Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung Rheinland-Pfalz gebe es große Pläne für eine dezentrale Energiepolitik ohne Atomstrom, berichtete der Landtagsabgeordnete Heiko Sippel. Bis 2030 soll Strom in Rheinland-Pfalz zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen kommen. So soll die Windenergie verfünffacht und die Solarenergie deutlich ausgeweitet werden. Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Aufbau intelligenter Netze würden außerdem den Mittelstand stärken. Bis 2020 sollen die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um rund 90 Prozent reduziert werden.

Das Land begeben sich auf einen harten Sparkurs, um das Ziel der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Danach müsse das Land ohne zusätzliche Neuverschuldung auskommen. Neben einer Verbesserung der Einnahmesituation müssten alle Ausgaben auf den Prüfstand, um Jahr für Jahr 220 Millionen Euro zusätzlich einsparen zu können. Da die Personalkosten rund 45 Prozent des Landesetats ausmachten, komme man um Einschnitte nicht herum. So müssten Stellen in vielen Bereichen der Landesverwaltung abgebaut werden. „Die Alternative wären weitere Schulden und damit Zinslasten, die wir den nächsten Generationen aber nicht aufbürden können“, stellt Sippel dar.

PRESSEINFO 65/11 VOM 31.05.2011

SPD: Atomausstieg so schnell wie möglich - kein Freibrief bis 2022

„Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung in der Atompolitik dazugelernt und ein Konzept für einen schnelleren Atomausstieg vorgelegt hat“, so SPD-Fraktionschef Hendrik Hering und Jens Guth, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Klimaschutz und Energie der SPD-Landtagsfraktion.

„Das Ziel muss jedoch lauten: Atomkraft nur so lange wie unbedingt nötig. Deshalb dürfen die Jahreszahlen 2021 und 2022 nur eine absolute Obergrenze darstellen und kein Freibrief für die Atomindustrie sein. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien kann schneller gelingen: Das Umweltbundesamt hält sogar 2017 für möglich. Deshalb muss in vier Jahren erneut geprüft werden, wie sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien entwickelt und ob die letzten Meiler nicht schon früher abgeschaltet werden können. Solche Ambitionen sucht man in Merks Konzept vergeblich.“

PRESSEINFO 66/11 VOM 01.06.2011

Kleinere Klassen sorgen für besseren Unterricht

„Kleinere Klassen sorgen für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer, denn sie haben so mehr Zeit, das einzelne Kind zu fördern“, betont Bettina Brück, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Daher begrüße sie die heute vom Bildungsministerium angekündigte Absenkung der Klassenmesszahl in den Eingangsklassen der Grundschulen von derzeit 28 auf 24 Schülerinnen und Schüler ab dem kommenden Schuljahr.

„Wir starten damit eine wesentliche Verbesserung des pädagogischen Angebots an unseren Schulen und erfüllen zudem eine Forderung von Seiten der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern. Damit wird ein wichtiges sozialdemokratisches Wahlkampfversprechen eingelöst“, erläutert Brück. Schrittweise werde die Klassenmesszahl bis 2014 auch für die zweiten, dritten und vierten Grundschulklassen eingeführt. Darüber hinaus werde die Koalition dafür sorgen, dass beginnend mit dem Schuljahr 2013/2014 die Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe der Gymnasien und der Integrierten Gesamtschulen sowie in den Berufsfachschulen bis 2016 schrittweise von derzeit 30 auf 25 herabgesenkt würden. Dieser Stufenplan erfordert rund 1.000 Lehrerstellen, die die Regierungskoalition aus der so genannten „demografischen Rendite“ in den Schulen einsetzt.

PRESSEINFO 67/11 VOM 01.06.2011

Verantwortung für den Wandel – der rot-grüne Weg für Rheinland-Pfalz

Eckpunkte der Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hendrik Hering, in der Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Der Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Einladung zum Gespräch mit allen Bürgerinnen und Bürgern über und für die Zukunft unseres Landes. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den sozial-ökologischen Wandel in Rheinland-Pfalz zu gestalten. Wir wollen dabei soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft, Nachhaltigkeit, die Freiheit des Einzelnen und die Verantwortung gegenüber Anderen, Offenheit und Toleranz als die Maximen unseres Handelns verstehen und vertreten.

Mit dem Koalitionsvertrag stehen wir am Beginn einer neuen Dekade: Hier sind die Grundlagen für eine Politik gelegt, die weit über 2016 hinaus Strahlkraft entfalten wird.

Herausforderungen für unser Land - Soziale Gerechtigkeit ist der Maßstab

Unser Land steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Eine ist die positive Tatsache, dass wir immer älter werden. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln die Lebenschancen vererben, die wir als selbstverständlich in Anspruch nehmen. Wir werden in dieser Legislaturperiode den erforderlichen Konsolidierungspfad beschreiten und die zentrale Frage beantworten, wie wir unsere Energieversorgung in den nächsten Jahren umbauen werden.

Unsere rot-grüne Koalition wird sich diesen Herausforderungen mit Konzepten stellen, denen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zugrunde liegt. Für die SPD ist soziale Gerechtigkeit der Maßstab allen Handelns; nur in einer gerechten Gesellschaft stehen Menschen füreinander ein. Vor diesem Hintergrund werden wir uns unter anderem für die Einführung von Mindestlöhnen und einer Vermögensbesteuerung einsetzen.

Rheinland-Pfalz ist das Land des gelebten Zusammenhalts. Das soziale Engagement der Bevölkerung ist fast nirgendwo höher als bei uns. Wir sind auf einem guten Weg, dem rheinland-pfälzischen Weg. Das zeichnet uns aus - das zahlt sich aus!

Faire Konsolidierung des Landeshaushaltes

Im Zentrum unserer Finanzpolitik steht die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Wir gehen ehrlich und transparent vor, indem wir die Sparmaßnahmen konkret benennen und zu Beginn der Legislaturperiode genau sagen, wo gespart werden muss.

Die große Anstrengung, den Landeshaushalt zu konsolidieren, erfordert Entscheidungen und den Mut zu Veränderungen. Entscheidungen, die uns nicht leicht fallen und die nicht leichtfertig getroffen werden.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass wir unsere Konsolidierungsanstrengungen nicht auf dem Rücken der Kommunen austragen werden und eine umfassende Reform des kommunalen Finanzausgleichs in dieser Periode vorbereiten. Nicht nur in diesem Bereich muss auch der Bund seiner Verantwortung gerecht werden.

Bildung - Gleiche Chancen für alle

Unsere Bildungspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Wir stehen dafür ein, dass jeder seine Lebenschancen erhält und ergreifen kann. Bildung und soziale Sicherheit sind und bleiben entscheidende Voraussetzungen für die Sicherung des Wohlstands. Diese stellen für uns daher die wichtigsten Schwerpunkte dar. Wir stehen weiterhin für Bildungsgerechtigkeit durch qualitativ hochwertige und gebührenfreie Angebote; wir wollen gleiche Chancen für alle.

Wir werden in den nächsten Jahren pro Schüler mehr Geld investieren. So senken wir die Klassengrößen in den nächsten Jahren deutlich. Außerdem wird die Schülerbeförderung kostenlos sein. Die Standards im Bildungsbereich werden weiter verbessert.

Rot-Grün: Garant für den Industriestandort

Der Mittelstand steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Er ist das Rückgrat und der Beschäftigungsmotor der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Energieeffizienz, nachhaltige Industriepolitik mit einem Schwerpunkt auf der chemischen Industrie, Wassermanagement, Logistik und nicht zuletzt die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen - dies sind die Schwerpunkte, die unseren Industriestandort fit halten. Das gilt auch für die wichtigen Infrastrukturprojekte und die Anbindung der ländlichen Räume.

Die Grundlage unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik sind Wachstum und Fortschritt. Dabei geht es uns um qualitatives Wachstum, an dem alle Menschen teilhaben, in dem gute Arbeit wertgeschätzt und entsprechend entlohnt wird, das Ressourcen schont, nachhaltige Investitionen fördert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Auch um dies zu gewährleisten ist es dringend erforderlich, dass es in Deutschland einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gibt.

Rheinland-Pfalz bleibt ein sicheres Land

Für uns steht die freie Entfaltung in Sicherheit im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir sorgen dafür, dass Rheinland-Pfalz ein sicheres Land bleibt. Mit Platz 3 im Ländervergleich steht Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren mit an der Spitze der Länder mit der höchsten Aufklärungsquote von Straftaten.

Politik für die Menschen - Stärkere Bürgerbeteiligung

Menschen wollen und müssen mitentscheiden können. Notwendig ist daher die stärkere Beteiligung der Menschen an grundlegenden Entscheidungen. Die Auseinandersetzungen um verschiedene Großprojekte haben deutlich gemacht, dass wir neue Formen der demokratischen Teilhabe brauchen. Deshalb werden wir in einer Enquete-Kommission bis Ende 2012 verschiedene Möglichkeiten der aktiven Bürgerbeteiligung entwickeln.

Wir ermöglichen Lebenschancen - sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig

Die Menschen und ihre Lebenschancen haben für unsere Politik zentrale Bedeutung. Unser Lebensgefühl ist durch Zusammenhalt geprägt. Wir wissen: Gesellschaftliches Miteinander lebt vom Einsatz eines und einer jeden Einzelnen. Die Schwächeren in der Gesellschaft können sich auf unsere Solidarität verlassen. Sie verdienen Respekt und die Chance, ein Leben nach ihren Vorstellungen zu leben. Dieses Ziel kann unter den heutigen Voraussetzungen nur auf dem Weg des sozial-ökologischen Wandels verwirklicht werden. Das ist unser Ansatz weit über die kommenden fünf Jahre hinaus.

PRESSEINFO 68/11 VOM 08.06.2011

Die Schmiede für´s Leben Landtagsabgeordneter Heiko Sippel besucht Atelier Harbut

Viele Jugendliche fasziniert das Arbeiten mit Metall, Holz oder Stein. Das zeigt auch der große Erfolg der handwerklichen Aktionen, die das Jugend- und Kulturzentrum der Stadt Alzey immer wieder anbietet. Die Teilnehmer, meist im Alter von 11 bis 18 Jahren, erarbeiten mit Schweißgerät, Plasmaschneider, Flex, Feldschmiede, Hammer und Muskelkraft eigene Werke oder ein gemeinsames Kunstwerk. Es sind Jugendliche unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft und sie werden angeleitet von Schmiedemeister und freischaffendem Künstler Joachim Harbut. Dass es bei diesen Workshops nicht nur um die reine Schmiedekunst geht, nahm der Landtagsabgeordnete Heiko Sippel (SPD) zum Anlass, den Künstler einmal in seinem Atelier in Armsheim aufzusuchen.

„Bildende Kunst ist hier im Sinne von Weiterbildung und Kreativität, aber auch als ein Stück Lebenshilfe zu verstehen. Durch die Verbindung von Kunst und Arbeit wird den Jugendlichen unter Anleitung eines Fachmannes ermöglicht, mit ihrer Fantasie und ihren Händen etwas Einzigartiges auszudrücken, eine Arbeit durchzuhalten und sich selber einen Erfolg zu erarbeiten, der auch öffentlich Beachtung finden kann. So hat mich beispielsweise auch die künstlerische Arbeit mit Jugendlichen im Alzeyer Bildungswerk des Handwerks sehr beeindruckt, als jeder Jugendliche sich seinen eigenen Stuhl schmiedete – stellvertretend für den eigenen Platz im Leben“, so Sippel über die Projekte Joachim Harbuts.

Der in Offenbach am Main geborene Künstler hat sein Atelier seit November vergangenen Jahres in Armsheim, arbeitet dort freischaffend, bietet Tages- oder Wochenprojekte an. Junge Menschen, geprägt und traumatisiert von einer schweren Kindheit, die ihren Weg ins Leben erst finden müssen, liegen ihm besonders am Herzen, sagt Harbut. Das Projekt „Selztalradweg“, unterstützt von den Gemeinden Framersheim, Gau-Odernheim und der Stadt Alzey startet demnächst. Jugendliche erschaffen, unter der Anleitung Harbuts und unter Berücksichtigung der Natur und der Umgebung, Kunstwerke für den öffentlichen Raum und werten somit gleichzeitig auch ein touristisches Ziel auf. „Es ist wichtig solche Initiativen zu unterstützen und Jugendlichen auch mit solchen Projekten Hilfestellung geben zu können“, zeigte Sippel sich begeistert von Künstler, Atelier und den verschiedenen Arbeiten in dessen Werkstatt.



Foto: Heiko Sippel (rechts) zu Gast im Atelier von Joachim Harbut (links)

PRESSEINFO 69/11 VOM 09.06.2011

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen zu EHEC einen gemeinsamen Antrag in den Landtag ein

Die Landtagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen zu EHEC einen gemeinsamen Antrag in den rheinland-pfälzischen Landtag ein, der nach dem Willen der beiden Fraktionen in der nächsten Woche im Landtagsplenum behandelt werden soll.

„Mit dem parlamentarischen Antrag senden wir ein Signal. Wir stehen fest an der Seite der Landwirtschaft im Land und nehmen genauso den Gesundheitsschutz im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher sehr ernst. Die Verbraucher und die Landwirtschaft brauchen Sicherheit und Klarheit. Die Landwirtschaft braucht direkte Ausgleichshilfen und Vertrauensschutz“, so Thorsten Wehner, landwirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Dietmar Johnen, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auch stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Forsten, Landwirtschaft, Ernährung und Weinbau ist.

Die beiden Agrarpolitiker von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren in diesem Zusammenhang auch die ‚politische Schaumschlägerei‘ einzelner CDU-Politiker: „Das Thema ist sowohl für die Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Landwirte zu wichtig, als dass es der Profilierungssucht Einzelner untergeordnet werden kann.“

Für den rheinland-pfälzischen Gemüseanbau ist ohne Verschulden der landwirtschaftlichen Produzenten mit dem Auftreten von EHEC ein großer wirtschaftlicher Schaden entstanden. Seit dem Bekanntwerden und der Verbreitung eines neuartigen EHEC-Erregers in Deutschland klagen Gemüseproduzenten und Gemüsegroßmärkte in Rheinland-Pfalz über drastische Mengen- und Umsatzeinbrüche. Landwirtschaftliche Betriebe im Land lassen zudem ihre Produkte zusätzlich vor dem Verkauf untersuchen, um durch die Untersuchungsergebnisse auch gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel die Sicherheit ihrer Produkte dokumentieren zu können.

„In Rheinland-Pfalz haben wir mit der gemeinsamen Task-Force und mit den Untersuchungen der zuständigen Ämter schnell und vorausschauend gehandelt. Die Bundesregierung hingegen hat sowohl die Verbraucher als auch die Landwirtschaft bislang alleine gelassen. Die von der EU-Kommission und EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș angekündigten Hilfen sind zu begrüßen, müssen aber auch angemessen sein, um die wirtschaftlichen Ausfälle für die Landwirtschaft zumindest teilweise kompensieren zu können. Jetzt kommt es darauf an, dass die Hilfen den landwirtschaftlichen Betrieben schnell zukommen. Hier ist auch die Bundesregierung gefragt. Im Land werden wir alles dafür in die Wege leiten, damit die Hilfen schnell ankommen. Wir hoffen auch, dass schnellstmöglich Klarheit über die EHEC-Quelle besteht, so dass für betroffene Gemüseprodukte Entwarnung gegeben werden kann“, so die Agrarpolitiker.

PRESSEINFO 70/11 VOM 10.06.2011

Europa hat Frieden gebracht - MdL Sippel diskutiert mit Schülern

Ein Besuch am Elisabeth-Langgässer-Gymnasium in Alzey: MdL Heiko Sippel sprach am Freitag in je zwei Doppelstunden mit insgesamt sechs zehnten Klassen wie sich Europa in Zukunft gestalten könnte. Die Jugendlichen hatten viele Fragen: Wie viele Staaten sollten der EU noch beitreten? Sollten überhaupt noch neue Länder beitreten, solange die Probleme der bisherigen Staaten nicht gelöst sind? Und wo setzt man die Grenze welche Staaten beitreten dürfen und welche nicht? Aber auch tagesaktuelle Themen, wie die Auslieferung des mutmaßlichen serbischen Kriegsverbrechers Ratko Mladic, die Euro-Krise und der Atomausstieg waren für die Jugendlichen von Interesse. Nach der Vorstellung seiner Person erklärte Sippel den Schülern zunächst was ein Landespolitiker mit Europa-Politik zu tun hat: „Viele Gesetze und Verordnungen werden auf EU-Ebene gemacht, für deren Ausführung aber die Länder zuständig sind.“ Das betrifft vor allem den Verbraucherschutz und die Landwirtschaft, aber auch Fragen der inneren Sicherheit, der Kriminalitätsbekämpfung oder des Umweltschutzes. Europa rücke zusammen. Offene Grenzen, der freie Zugang zum Studium und zum Arbeitsmarkt anderer Länder oder eine gemeinsame Währung seien Errungenschaften, von denen man vor wenigen Jahrzehnten nach den Erfahrungen der Kriege nicht zu träumen gewagt hätte.

Die finanziellen Probleme von Griechenland, Portugal und Irland rückten bei den Fragen jedoch schnell in den Vordergrund. Wie kam es überhaupt dazu und wie sollte man nun mit den hochverschuldeten Ländern verfahren, wollten die Jugendlichen wissen. Sippel führte detailliert die Hintergründe der Verschuldung aus und erklärte anhand eines alltäglichen Beispiels: „Stellt euch vor ihr habt euch übernommen und das Taschengeld reicht nicht aus. Dann fragt ihr eure Freunde um Hilfe. Diese Freunde sind im Fall Griechenland die anderen EU-Staaten.“

Obwohl das in der Boulevard-Presse verbreitete Klischee des „faulen Griechen“ keinesfalls stimmt, so habe sich das Land dennoch stark verkalkuliert, so Sippel. Es gelte nun den betroffenen Ländern zu helfen, wobei damit klare Bedingungen zur Haushaltskonsolidierung verbunden werden müssten. „Die Sparmaßnahmen in Griechenland treffen die Menschen hart, sie sind aber notwendig, um nach einer Talsohle wieder Licht zu sehen“, sagte Sippel.

Der Landtagsabgeordnete sprach sich dafür aus, noch weitere Länder in die EU aufzunehmen. Island und Kroatien stünden kurz vor einer Aufnahme. Mit Serbien beginnen die Verhandlungen. Der Beitritt der Türkei setze voraus, dass die engen Kriterien, wie Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von Minderheiten und Demokratie gewährleistet werden könne. „Da gibt es sicherlich noch einige offene Fragen. Wer aber Demokratie und Freiheit in dem Land unterstützen möchte, der dürfe die Tür zur EU nicht zuschlagen“ stellte Sippel fest.

Warum das Interesse an den Europa-Wahlen so gering ist, konnten sich die Schüler selbst beantworten: „Da herrscht großes Desinteresse und ein genereller Vertrauensverlust in die Politik.“ Interessant werde es erst, wenn man sofortige Resultate der Europapolitik sieht, wie beispielsweise bei der Tarifregelung von Handykosten im Ausland. So gut sollten die EU-Staaten auch bei anderen Themen zusammenarbeiten, findet Sippel, der seit 15 Jahren der Europa-Union Deutschland angehört, einem Verein, der die Ideen der EU fördert. Den gemeinsamen Atomausstieg und eine damit

einhergehende Förderung erneuerbarer Energien sieht Sippel als zukunftssträchtig und erstrebenswert an. „Auch hier bietet die europäische Zusammenarbeit viele Chancen.“

Auf die Frage, welche Perspektiven er für das Europa der Zukunft sehe, wünschte sich Sippel noch mehr Miteinander etwa bei sozialen Fragen oder im Steuer- und Finanzrecht. Die Europa-Union gebe die Vision von den Vereinigten Staaten Europas nicht auf, auch wenn es immer wieder Rückschritte und nationale Alleingänge gebe. „Die Europäische Union hat für Frieden auf diesem Kontinent gesorgt, das ist ihr größter Verdienst“, so Sippel zum Abschluss eines lebhaften Dialogs.

PRESSEINFO 72/11 VOM 15.06.2011

Kleinere Schulklassen ab kommendem Schuljahr MdL Sippel: „Land schafft einen Kraftakt“

Ab dem Schuljahr 2011/2012 sollen die Schülerzahlen der Grundschulen in Rheinland-Pfalz auf maximal 24 Schüler gesenkt werden. Dies stellte Ministerpräsident Kurt Beck bereits in seiner Regierungserklärung vom 25. Mai 2011 fest. Jetzt werden die Pläne auch offiziell den betreffenden Schulen mitgeteilt. Rheinland-Pfalz wird damit neben dem Stadtstaat Hamburg das Bundesland mit der niedrigsten Klassenmesszahl in den Grundschulen sein. Die reduzierten Klassenmesszahlen gelten zunächst ab der kommenden Klassenstufe 1.

Gemäß dem Motto „Kurze Beine - kurze Wege“ soll der Fortbestand kleiner Grundschulen mit der Senkung der Klassenmesszahlen ermöglicht werden. In den ersten Klassen der Grundschulen wird schon ab dem Schuljahr 2011/2012 die Schülerzahl auf 24 festgelegt. In den kommenden Jahren wird die festgelegte Klassenmesszahl von 24 schrittweise auch für die weiteren Grundschulklassenstufen gelten.

Für die Klassenstufen 2 und 3 gilt bereits seit dem vorigen Schuljahr die reduzierte Klassenmesszahl von 28 Schülerinnen und Schülern. Diese wird dann nochmals abgesenkt. Auch in kombinierten Klassen aus den Jahrgangsstufen 1 und 2 gilt ab dem kommenden Schuljahr die reduzierte Klassenmesszahl. Kombinierte Klassen werden dann gebildet, wenn in beiden Stufen die Gesamtschüleranzahl 23 Schülerinnen und Schüler nicht überschreitet. Diese Klassen erhalten weiterhin drei zusätzliche Lehrwochenstunden für Differenzierungsmaßnahmen.

Mit der Senkung der Klassenmesszahlen löst die Landesregierung ein Versprechen bei den Grundschulen ein, das ihnen bei der Einführung der neuen Grundschulordnung gegeben wurde: Die sinkenden Zahlen der Schülerinnen und Schüler sollen genutzt werden, um pädagogische Rahmenhandlungen für individuelle Förderung und neue Unterrichtsmethoden zu verbessern. Bildung, betont Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD), bleibt der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, späteren beruflichen Erfolg und privates Glück. Aus diesem Grund will sich die rheinland-pfälzische Bildungspolitik in den kommenden fünf Jahren wieder stark für frühe Bildung in Kindertagesstätten und Grundschulen einsetzen.

Für den Landtagsabgeordneten Heiko Sippel (SPD) ist die Entscheidung für kleinere Klassen ein weiterer Beleg für die Bedeutung der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz. „In Anbetracht der schwierigen Haushaltslage schafft das Land einen Kraftakt, der die Zukunftschancen junger Menschen weiter verbessert und das Lernen in Grundschulen erleichtert“, so Sippel.



PRESSEINFO 73/11 VOM 14.07.2011

SPD-Fraktion macht Breitbandversorgung zum Thema im Landtag

Zur flächendeckenden Breitbandversorgung kann die Mobilfunk-Technologie Long Term Evolution (LTE) einen wichtigen Beitrag leisten. Auf Initiative der SPD-Fraktion wird sich der Ausschuss für Medien und Netzpolitik des rheinland-pfälzischen Landtags in seiner nächsten Sitzung intensiv mit dem Ausbau des LTE-basierten drahtlosen Breitband-Internets in Rheinland-Pfalz befassen.

„Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist mittlerweile ebenso wichtig für die Lebensqualität der Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung wie Stromnetze oder Verkehrsinfrastruktur“, so Martin Haller, medien- und netzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Ein leistungsfähiges Breitbandangebot gehöre zur Grundversorgung und müsse auch in den ländlichen Räumen gewährleistet sein. Diese Versorgung der Bürgerinnen und Bürger dürfe also nicht nur von den wirtschaftlichen Interessen der Anbieter abhängen.

„Deshalb ist es richtig, dass beim Ausbau der Mobilfunk-Technologie LTE in Rheinland-Pfalz die oberste Priorität auf den ländlichen Räumen liegt“, so Haller. „Die beteiligten Unternehmen haben die Auflage erhalten, mit dem Ausbau dieses drahtlosen Breitband-Angebots dort zu beginnen, wo bislang kein DSL verfügbar ist. Bei der Bereitstellung herkömmlicher DSL-Anschlüsse haben die Telekommunikationsunternehmen bislang einige der für sie weniger lukrativen ländlichen Regionen ausgespart. Diese Lücken müssen nun als erstes geschlossen werden.“

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anbieter diesen Verpflichtungen so schnell wie möglich nachkommen. Die kommende Sitzung des Ausschusses für Medien und Netzpolitik wird dazu dienen, ein genaues Bild des gegenwärtigen Ausbaustandes zu machen und die nächsten Schritte zu besprechen.“

Hintergrund: SPD und Grüne haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung das Ziel gesetzt, dass bis Ende des nächsten Jahres jeder Haushalt in Rheinland-Pfalz mit leistungsfähigem Breitband-Internet versorgt ist. Zur Unterstützung der Breitbandstruktur im Land soll ein Infrastrukturausbaugesetz auf den Weg gebracht werden. Für den Breitbandausbau soll als Anreizsystem auch das Instrumentarium der Förderbanken genutzt werden.

PRESSEINFO 74/11 VOM 19.07.2011

Medienführerschein an Schulen SPD möchte Medienkompetenz als Form einer vierten Kulturtechnik ausbauen

Im digitalen Zeitalter, einer Welt aus YouTube, Facebook und Web 2.0, ist der Umgang mit neuen Kommunikationsmedien immer wichtiger geworden und kann inzwischen sogar neben Lesen, Schreiben und Rechnen als Form einer vierten Kulturtechnik betrachtet werden. „Das Ende dieser rasanten Entwicklung mit neuen technologischen Errungenschaften ist nicht in Sicht“, prognostiziert der Landtagsabgeordnete Heiko Sippel, der für die SPD-Landtagsfraktion in der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ mitgearbeitet hat. Die Kommission hat gemeinsam mit Wissenschaftlern über 1 Jahre hinweg einen Handlungsleitfaden für die Politik entwickelt und in einem Abschlussbericht dargestellt. Neben Themen des Daten- und Verbraucherschutzes steht dabei die Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt.

Ausgehend davon spricht sich die SPD-Landtagsfraktion in einem Antrag für die Einführung eines „Medienführerscheins“ aus, der in den Schulen erlangt werden soll. Die JIM-Jugend-Studie 2010 zeige, so Sippel, dass 97 Prozent der Jugendlichen ein eigenes Handy besitzen, 84 Prozent haben einen MP3-Player und 79 Prozent einen eigenen Computer bzw. Laptop. Der Umgang mit PC und Internet gehört für die heranwachsende Generation zum Alltag und ist nicht mehr wegzudenken. Doch die Studien zeigen auch, dass sich Kinder und Jugendliche häufig naiv und unbedacht im Umgang mit Onlineinhalten und dem Datenschutz zeigen.

Die Politik, Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, aber auch jeder Einzelne müsse daher zeigen, dass er verantwortungsvoll Medien nutzen kann. Diese Entwicklung setze veränderte Anforderungen an den Bildungsbereich voraus. „Ziel der Medienerziehung ist die Förderung einer verantwortungsbewussten Nutzung von Medien. Kinder und Jugendliche sollen lernen, selbstbestimmt, kreativ, reflektiert und sozialverantwortlich mit Medien umzugehen,“ so Sippel.

„In der vom digitalen Zeitalter geprägten Gesellschaft zählt die umfassende Medienkompetenz zu den Schlüsselqualifikationen, die allen unabhängig von der Schulart und der fachlichen Spezialisierung offen stehen soll“, bemerkt der Abgeordnete. Der Medienführerschein sei ein weiterer wichtiger Baustein, der das 10-Punkte-Programm des Landes „Medienkompetenz macht Schule“ ergänze. Zu diesem Programm gehörten beispielsweise eine zukunftsorientierte Lehrerfortbildung, die Verbesserung der technischen Ausstattung und der Breitbandanbindung an Schulen sowie die verstärkte Einbindung der Eltern und der Ausbau des Jugendmedienschutzes.

Weitere Informationen im Internet unter: www.spdfraktion-rlp.de/empfehlungen_medienverantwortung.html

PRESSEINFO 75/11 VOM 11.08.2011

Nein zur Südumfliegung - MdL Sippel unterstützt Klage

Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hat die von der Deutschen Flugsicherung (DFS) beantragte Südumfliegung offenbar genehmigt. Für den Landtagsabgeordneten Heiko Sippel (SPD) bedeutet dies, dass mit der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt im Oktober noch mehr Fluglärm über Rheinhessen entstehen wird. „Im nördlichen Teil Rheinhessens hat der Fluglärm schon jetzt erheblich zugenommen, das wird sich ab Herbst nochmal deutlich verstärken“, befürchtet der Abgeordnete. Davon wird auch der Norden des Landkreises Alzey-Worms betroffen sein.

Sippel unterstützt ausdrücklich die Ankündigung der Landesregierung, gegen die Entscheidung klagen zu wollen. „Es kann nicht sein, dass Gebiete im Taunus völlig entlastet werden und wir den zusätzlichen Lärm ertragen sollen“, so Sippel. Ein vom Land Rheinland-Pfalz in Auftrag gegebenes unabhängiges Gutachten habe aufgezeigt, dass die Sicherheit am Flughafen Frankfurt auch durch eine andere, gerechtere Routenverteilung und alternative An- und Abflugverfahren erreicht werden könne. Darüber hinaus verweist Sippel darauf, dass es endlich ein Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt geben müsse. Die Hessische Landesregierung habe dieses im Zuge des Mediationsverfahrens zum Bau der Landebahn zwar zugesagt, aber nachher nicht umgesetzt. Hierüber müsse nun das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Heiko Sippel kündigt an, gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann eine Informationsveranstaltung zum Thema durchführen zu wollen. Diese findet statt am Montag, dem 29. August, um 18.00 Uhr in der Neubornhalle Wörrstadt.

PRESSEINFO 76/11 VOM 14.08.2011

Jusos wählen neuen Vorstand - Interessenvertreter der jungen Generation

Im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung im SPD-Bürgertreff in Alzey haben die Jungsozialisten (Jusos) der Stadt Alzey und der Verbandsgemeinde Alzey-Land einen neuen Vorstand gewählt. Der Alzeyer SPD-Vorsitzende Heiko Sippel freute sich in seinem Grußwort darüber, dass die gemeinsame Juso-Gruppe für die Stadt und VG ein Jahr nach ihrer Gründung bereits sehr aktiv geworden sei. Gerade im Landtagswahlkampf hätten die Jusos durch zahlreiche Aktivitäten viele junge Menschen erreicht. „An Themen für die Zukunft mangelt es nicht“, stelle Sippel fest, „die SPD kann eure Ideen und Mitwirkung sehr gut gebrauchen“.

Der Juso-Kreisvorsitzende Tobias Perlick (Bechtheim) verwies darauf, dass die Organisation der Jusos im Kreis weiter ausgebaut werden konnte. Da auch im Verband Wörrstadt/Wöllstein eine Juso-Gruppe aktiv sei, werde der Wahlkreis Alzey vollständig abgedeckt. „Wir vertreten die Interessen der jungen Menschen in dieser Region und unterstützen die Politik der SPD“, unterstrich Perlick.

Bei den Wahlen zum Vorstand gab es einen Stabwechsel. Zum neuen 1. Vorsitzenden wurde Kürsat Zincir gewählt. Der 20jährige Schüler, dessen Eltern aus der Türkei stammen, ist in Alzey aufge-

wachsen. Er engagiert sich bereits seit einiger Zeit im SPD-Ortsverein. Als sein Stellvertreter wurde Jan Rose (ebenfalls aus Alzey) gewählt. Als Beisitzer fungieren Julia Loos (Alzey-Weinheim), Karl-Christian Kopf (Gau-Odernheim) und Simon Müller-Oswald (Esselborn). Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Die Jusos beschlossen ein umfangreiches Arbeitsprogramm, wonach sich die Jusos als „Impulsgeber aus der jungen Generation und wichtige Unterstützer der SPD“ sehen, so Kürsat Zincir. Jan Rose unterstrich, „dass Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, aber auch mit den Verantwortlichen in der Kommunalpolitik notwendig sind, um ein differenziertes Bild über die wichtigen Themen zu erhalten, bei denen wir uns einbringen möchten“. Die Versammlung begrüßte die Absicht der SPD, in Rheinland-Pfalz das Wahlalter bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 herabzusetzen. „Wir finden es richtig, Jugendliche stärker an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Die Politik wird dadurch noch mehr gefordert, auf unsere Bedürfnisse einzugehen“, meinte Julia Loos, die sich optimistisch zeigte, dass Jugendliche verantwortungsvoll mit ihrem Wahlrecht umgehen, wenn im Vorfeld mehr über Politik informiert und aufgeklärt werde.



Foto v.l.n.r.: MdL Heiko Sippel, Karl-Christian Kopf, Kürsat Zincir, Jan Rose, Julia Loos, Simon Müller-Oswald

PRESSEINFO 77/11 VOM 17.08.2011

Hering: Justizreform gemeinsam gestalten

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Thema Justizreform in Rheinland-Pfalz auf die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung gesetzt. In einer Aktuellen Stunde zum Thema „Justizreform gemeinsam gestalten“ lobte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Hendrik Hering, das von Ministerpräsident Kurt Beck und Justizminister Jochen Hartloff vorgeschlagene Expertengremium, das das „Diskussionsspektrum versachlichen, den Einsparvorgaben der Landesverfassung näher kommen und trotzdem eine gute, erreichbare, bürgernahe und effiziente Justiz in Rheinland-Pfalz gewährleisten“ werde.

Als richtig und konsequent bezeichnete Hering die von Hartloff angekündigte Wiederaufnahme des Besetzungsverfahrens der Präsidentenstelle des OLG Koblenz. „Die Landesregierung wird das Besetzungsverfahren weiter betreiben, die Stelle zeitnah besetzen und selbstverständlich eine noch ausstehende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes akzeptieren. Für den Vorschlag dieses Verfahrensweges bin ich Justizminister Hartloff außerordentlich dankbar“, betonte Hering in seiner Rede.

Hering unterstrich die Notwendigkeit einer Reform der Justiz in Rheinland-Pfalz: „Wir wollen einen handlungsfähigen Staat und wir wollen unseren Haushalt dafür konsolidieren. Dafür gibt es einen breiten Konsens in der Gesellschaft. Die weltweiten Ereignisse zeigen, dass in vielen Bereichen strukturelle Reformen und in allen Verwaltungsbereichen Einsparungen vorgenommen werden müssen. Dies gilt auch für den Bereich der Justiz. Dabei wollen wir aber gemeinsam mit den Betroffenen einen ausgewogenen Konsolidierungskurs beschreiten.“

Die SPD in Rheinland-Pfalz werde zeigen, dass sozial ausgewogenes Sparen möglich ist. „So werden wir die Handlungsfähigkeit des Staates auch für zukünftige Generationen sichern“, so Hering. „Unser Ziel im Justizbereich ist dabei der Erhalt der bürgernahen Justiz im Zeichen der Schuldenbremse.“

PRESSEINFO 78/11 VOM 22.08.2011

„Viel mehr Fluglärm über Rheinhessen?“ SPD-Abgeordnete laden ein

Mit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest des Flughafens Frankfurt/Main werden An- und Abflugrouten verändert. Durch die festgelegte „Südümfliegung“ soll Flugverkehr von der hessischen Seite nach Rheinhessen verlagert werden. Dagegen wehren sich Landes- und Bundespolitiker der Region.

Bundestagsabgeordneter Klaus Hagemann (SPD) und Landtagsabgeordneter Heiko Sippel (SPD) laden zu einer Informationsveranstaltung mit dem Thema „Mehr Fluglärm über Rheinhessen - Welche Konsequenzen haben die neuen Flugrouten des Flughafens Frankfurt für die VG Wörrstadt?“ am Montag, dem 29. August 2011, um 18 Uhr in die Neubornhalle nach Wörrstadt ein.

Gemeinsam mit Dr. Lothar Kaufmann, Leiter der Verkehrsabteilung des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz, und Karsten Jacobs von der „Initiative gegen Fluglärm in Rheinhessen“ möchten die Abgeordneten über die Situation vor Ort aufklären, Einwirkungsmöglichkeiten aufzeigen und mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

PRESSEINFO 79/11 VOM 22.08.2011

Mehr Fördermittel für Schulsozialarbeit Neue Stellen in Wörrstadt und Gau-Odernheim

Der Ausbau der Schulsozialarbeit hat einen Meilenstein erreicht. Zum Schuljahresbeginn konnte an weiteren Schulen die Schulsozialarbeit ausgebaut werden, so dass nun alle Realschulen plus und die Gesamtschulen im Landkreis Alzey-Worms über das wichtige Angebot verfügen. Insgesamt sind es 246 Schulen landesweit, deren Träger eine Landesförderung erhalten. Darauf verweist der Landtagsabgeordnete Heiko Sippel (SPD) in einer Pressemitteilung. Sippel freut sich darüber, dass jetzt auch die Rheingrafen-Realschule plus in Wörrstadt und die Realschule plus in Gau-Odernheim zum Zuge gekommen sind.

Die Landesregierung habe die Fördersumme um 535.000 Euro auf insgesamt fast 5,1 Millionen Euro erhöht. Damit werden Schulsozialarbeiter an Schulen gefördert, die Lehrer und Eltern im Erziehungsprozess unterstützen und sich um Probleme von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule kümmern.

Landtagsabgeordneter Heiko Sippel (SPD) begrüßt den lang ersehnten Ausbau: „Die engagierten Schulsozialarbeiter sind heute ein wichtiger Bestandteil des Schulalltags geworden. Sie leisten eine überaus wertvolle Arbeit, kümmern sie sich doch um Problemfelder der Schüler, die mitunter vielschichtig und schwierig sind - seien es beispielsweise Gewalterfahrungen, Schulschwänzerei oder ein plötzlicher Leistungsabfall.“ Aus diesem Grund führte das Land Rheinland-Pfalz im Schuljahr 1995/96 die präventiv und integrativ ausgerichtete Schulsozialarbeit ein, die mittlerweile von Schülern und Lehrern durchweg positiv aufgenommen wird.

KONTAKTDATEN MdL HEIKO SIPPEL

Büro in Mainz:

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Tel. 06131/208-3038
Fax: 06131/208-4038
eMail: heiko.sippel@spd.landtag.rlp.de

Büro in Alzey:

Hospitalstraße 7
55232 Alzey
Tel. 06731/498-150
Fax: 06731/498-151
eMail: mdl.sippel@t-online.de

Öffnungszeiten des Bürgerbüros:

Montags, dienstags und donnerstags: 8.00 bis 13.00 Uhr
Freitags: 8.00 bis 12.30 Uhr
Mittwochs geschlossen; ein Anrufbeantworter ist geschaltet.

Internet: www.heikosippel.de